

GEROLD BÜHRER

Der Präsident: Seit zwei Jahren ist der ehemalige FDP-Nationalrat Gerold Bühler Präsident des Schweizer Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, zu deren Mitgliedern Branchenverbände, kantonale Handelskammern sowie einige Einzelunternehmen gehören. Kein leichter Job: Bühler muss ständig für die Einheit seiner Organisation und gegen wirtschaftliche Druckversuche aus dem Ausland kämpfen. Dank seiner politischen Erfahrung bringt er aber frischen Wind in das Bollwerk der Schweizer Wirtschaft.

Interview: **Matthias Ackeret** Bilder: **Marc Wetli**

Herr Bühler, momentan macht ein Wort

die Runde: Rezession. Teilen Sie diesen Pessimismus?

“Ja, auch ich gehe davon aus, dass das Wirtschaftswachstum gegenüber den Vorjahren deutlich nachlassen wird. Wir haben bekanntlich eine Wachstumsschätzung von 1,6 Prozent abgegeben, und an dieser halten wir fest. Auch das Jahr 2009 wird diesbezüglich eher enttäuschend ausfallen. Von einer eigentlichen Rezession, also einem negativen Wachstum, kann man jedoch nicht sprechen.”

Warum nicht?

“Weil die dafür massgebenden Indikatoren nicht derart negativ sind. Insbesondere der Arbeitsmarkt bildet eine gute Stütze für den Konsum. Auch auf der Zinsseite sehe ich zumindest keinen gravierenden Anstieg vor uns.”

Wer wird nun unter dieser misslichen Wirtschaftssituation am meisten leiden?

“Klar ist, dass aufgrund der Verlangsamung des weltwirtschaftlichen Tempos die Exportzuwachsraten geringer werden, was bereits seit einigen Monaten feststellbar ist. Auch die Investitionstätigkeit ist bereits in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Konsum, welcher 60 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmacht, wird hingegen, wie erwähnt, weniger rasch betroffen sein.”

Vor einigen Monaten noch haben Sie die Rezessionsängste als Panikmache bezeichnet ...

“In diesem Punkt muss ich präzisieren. Als wir im vergangenen Dezember aufgrund einer sehr tief angesetzten Wachstumsprognose von 1,6 Prozent von vielen als Pes-

simisten bezeichnet wurden, lautete meine Devise: ‘Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen.’ Konkret bedeutet dies, dass man realistische Vorhersagen erstellen soll. Ich neige aber grundsätzlich nicht dazu, durch Übertreibung auf uns aufmerksam zu machen. Eine Rezession kann man nicht ausschliessen, aber aufgrund der vorhandenen Frühindikatoren scheint sie mir nicht eine wahrscheinliche Variante zu sein.”

Trotzdem: Spüren Sie als Economiesuisse-Präsident eine gewisse Verunsicherung bei Ihren Mitgliedern?

“Selbstverständlich, doch die verschiedenen Bereiche der Volkswirtschaft werden von einer Abschwächung unterschiedlich betroffen. Beispielsweise weist die Uhrenindustrie nach wie vor solide Zahlen auf, während in anderen Exportbranchen deutlich weniger Aufträge eingehen.”

Besonders der Bankenplatz schwächelt

momentan. Wie schätzen Sie als ehemaliger SBG-Banker die Lage ein?

“Aus rein ökonomischer Sicht macht der Finanzplatz rund einen Siebtel unseres Bruttoinlandproduktes aus. Zweifelsohne hinterlässt diese Abschwächung, die primär von den Grossbanken ausgeht, negative Spuren, welche sich auch auf das Wachstum auswirken. Ich befürchte, dass die Finanzmärkte noch einige Zeit mit erheblichen Problemen zu kämpfen haben. Es wäre aber falsch, alle Banken in denselben Topf zu werfen. Der Imageschaden für den ganzen Finanzmarkt dürfte sich daher in Grenzen halten.”

Beschönigen Sie nicht ein bisschen?

“Überhaupt nicht. Es ist uns auch klar, dass das Schicksal des Finanzplatzes Schweiz stark mit dem internationalen Markt verknüpft ist. Deswegen habe ich alles Interesse, dass die Aufräumarbeiten, die derzeit im Gange sind, auch von Erfolg gekrönt sein werden. Mein Blick richtet sich aber nicht nur auf die betroffenen Institute, die Aktionärsinteressen und die Mitarbeiter, sondern auf den Standort Schweiz insgesamt. Wenn unsere Grossbanken intakt sind, wird sich dies letztlich auch auf unseren Finanzplatz gernerell positiv auswirken.”

Glauben Sie, dass sich die UBS nun stabilisieren kann, oder wird sich die Situation weiter verschlechtern?

“Entscheidend ist, dass die Bilanzsituation der UBS durch die beiden grossen Kapitalaufstockungen wieder gefestigt wurde. Diesbezüglich hat auch die Mitteilung der Bank, wonach der Fehlbetrag im zweiten Quartal deutlich geringer ausfallen wird als ursprünglich angenommen, eine entscheidende Rolle gespielt. Wie viel aber letztlich noch anfallen wird bezüglich der Abschreibungen auf Kreditpositionen, vermag ich nicht zu beurteilen. Wichtig erscheint mir, dass die Bank gefestigter erscheint als vor diesen Eigenmittelerhöhungen.”

Der ehemalige UBS-Chef Marcel Ospel hat sich immer sehr für die Anliegen von Economiesuisse eingesetzt. Zahlt die UBS nach seinem Abgang einen geringeren Mitgliederbeitrag als früher?

(Lacht) “Die UBS ist nicht Einzelmitglied. Wir vertreten nur wenige Einzelunternehmen, sondern rund 100 Branchenverbände und Handelskammern. Zu Ihrer Beruhigung: Die Bankiervereinigung, bei welcher die UBS Mitglied ist, zahlt nicht weniger als früher; im Gegenteil: Wir sind sehr zufrieden mit ihrer finanziellen Unterstützung. Dabei muss man wissen, dass die Banken unsere grössten Beitragszahler sind.”

Wirft man einen Blick nach Amerika, so entsteht der Eindruck, dass die USA – aber auch Deutschland – fast schon ein Wirtschaftskrieg gegen die Schweizer Banken führen. Inwieweit kann Economiesuisse darauf Einfluss nehmen?

“Primär sind die betroffenen Institute sowie die Bankiervereinigung involviert, letztlich betrifft die ganze Auseinandersetzung aber auch den Dachverband. Konkret pflegen wir die entsprechenden Kontakte im In- und Ausland. Es ist unser Bestreben, unsere Rechtsposition im Ausland unmissverständlich darzulegen. Es muss unseren ausländischen Partnern klar sein, dass wir nach Gesetz handeln. Beim UBS-Fall in den USA ist es von zentraler Bedeutung, dass uns die Amerikaner, wenn ein möglicher Betrugsverdacht auftaucht, ein entsprechendes Rechtshilfesuch stellen, welches auch juris-

tisch geprüft werden muss. Es darf nicht sein, dass durch die Auseinandersetzungen mit den USA die Rechtssicherheit vernachlässigt oder gar gefährdet wird. Bis anhin war dies glücklicherweise nicht der Fall.”

Trotzdem hat man den Eindruck, dass das Bankgeheimnis allmählich dem Untergang geweiht ist...

“Das Schweizer Bankgeheimnis wird regelmässig in Frage gestellt. Während meiner 16-jährigen Tätigkeit im Nationalrat habe ich diesbezüglich viele Diskussionen geführt. Nein, wir dürfen nicht so schnell unsere demokratisch legitimierten Positionen aufgeben. Ich gebe zu, dass durch die fragwürdigen Interventionen der deutschen Behörden die Auseinandersetzungen einen neuen Zenit erreicht haben. Trotz aller Schwierigkeiten glaube ich aber, dass das Schweizer Bankkündengeheimnis auch in Zukunft weiterexistieren wird. Unsere Position darzulegen, wird sicherlich kein politischer Spaziergang. Die Tatsache, dass innerhalb der EU sehr heterogene steuerpolitische Auffassungen herrschen und sich die einzelnen Finanzplätze keineswegs von Brüssel unterjochen lassen wollen, gibt mir Hoffnung. Wir dürfen in dieser heiklen Situation nur nicht die Nerven verlieren und Zugeständnisse machen, die wir später bereuen. Wir können und müssen uns im offensiven Sinne moralisch verteidigen. Nicht zuletzt, weil unser Bankgeheimnis durch die Stimmberechtigten legitimiert ist.”

Im Ausland bekommt man oftmals den Eindruck, dass die Schweiz und ihre Wirtschaft in den letzten Jahren viele Sympathiepunkte verloren haben ...

“Entscheidend ist, mit wem man spricht. Sucht man beispielsweise mit dem deutschen Mittelstand das Gespräch, bewundert dieser die Schweiz nach wie vor. Dabei schätzt man vor allem den hohen Lebensstandard, die geringe Arbeitslosigkeit und die attraktive Besteuerung. Gleichzeitig haben viele ausländische Politiker mit dem Erfolgsmodell Schweiz Mühe, weil ihnen oftmals auch das historische Verständnis für unser Land fehlt. Deswegen verstehen sie auch nicht, weshalb wir den bilateralen Weg wählen. In diesem Fall muss man ihnen die spezielle Situation der Schweiz sowohl ökonomisch wie auch politisch darlegen. Verfolgt man diese Linie hartnäckig, so spüren die Leute, dass unsere Haltung keineswegs arrogant ist, sondern vielmehr mit der Besonderheit des Landes zu tun hat.”

Sie gelten als Gegner eines EU-Beitritts. Hat sich Ihre Position durch die Ereignisse der letzten Zeit verändert?

“Ich politisiere seit Beginn der Achtzigerjahre, zuerst als Schaffhauser Kantonsrat, später als Nationalrat. Gegenüber der EU habe ich immer dieselbe strategische Position eingenommen, nämlich jene, dass wir uns wirtschaftlich mit der EU arrangieren müssen. Dazu gehören die bilateralen Verträge. Es handelt sich

dabei um ein Geben und Nehmen. Trotz meiner EU-Skepsis grenze ich mich von jenen Politikern ab, welche zwar den Bilateralismus predigen, jedoch immer wieder mit Referenden an allen möglichen und unmöglichen Orten drohen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass der bilaterale Weg ökonomisch wie auch innenpolitisch unter den gegebenen Umständen für die Schweiz der optimale Weg ist. Es gibt keine Alternative.“

Früher ging in der politischen Willensbildung kein Weg am Vorort, der Vorgängerorganisation

von Economiesuisse, vorbei. Dies hat sich geändert. Wie definieren Sie heute Ihre Rolle?

“Ich betrachte mich als Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Politik, wobei mir meine langjährige Tätigkeit als Nationalrat sicherlich zugute kommt. Zusammen mit unserem Direktor Pascal Gentinetta versuche ich im Parlament, im Bundesrat und in der Verwaltung für unsere Anliegen Verständnis zu wecken. In vielen Geschäften kann man Einfluss gewinnen, und manchmal bringt man weniger durch. Das war früher nicht anders.“

Welche Situationen sind für Sie besonders schwierig?

“Es ist hie und da nicht ganz einfach, die verschiedenen Interessen unserer Mitglieder unter einen Hut zu bringen. Economiesuisse ist eine Organisation, welche in der marktwirtschaftlichen Ausrichtung sehr geradlinig ist und sich für den Wirtschaftsstandort Schweiz, seine Arbeitsplätze und somit für das Wohlergehen der Bevölkerung einsetzt. Dies ist auch der Grund, warum wir uns früh politisch einbringen müssen. So konnten in der Vergangenheit sämtliche bilateralen Abstimmungen auch dank unserer Mithilfe gewonnen werden. Aber auch bezüglich der KMU-Steuerreform und der Unternehmenssteuerreform I waren wir erfolgreich. Natürlich hoffe ich jetzt bei der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf einen positiven Ausgang. Dabei hat mich wirklich gefreut, dass die Mehrheit der SVP das Referendum nun doch nicht unterstützen will.“

Was ist der Grund für diese Kehrtwende?

“Höchstwahrscheinlich hat der wirtschaftlich orientierte Flügel innerhalb der SVP mehr Gewicht, als man angenommen hat. Ein Schlüsselerlebnis dürfte aber die verlorene Einbürgerungsinitiative gewesen sein. Diese wirkte auf einige Parteixponenten zweifelsohne ernüchternd. Wer eine solche Niederlage einfährt, agiert sicher vorsichtiger.“

Welche Erwartungen haben Sie als Präsident von Economiesuisse an den Staat?

“Ich setze mich für eine liberale Wirtschaftsordnung ein, in welcher es darum geht, möglichst viel Freiraum und Anreize für kleine, mittlere und grosse Unternehmen zu schaffen. Ich wehre mich auch gegen ein System,

welches die Bürger mit übertriebenen Abgaben demotiviert. Trotz diesen urmarktwirtschaftlichen Grundprinzipien gehören wir nicht zu denjenigen, welche den Staat verteufeln. Die Eigenverantwortung der Menschen und der Wirtschaft muss hochgehalten werden. Statt übermässiger Regulierung muss vielmehr ethischen Werten angemessene Bedeutung geschenkt werden.“

Nochmals zurück zur UBS. Soll der Staat, sollte es der Bank noch schlechter gehen, Ihrer Meinung nach intervenieren?

“Grundsätzlich stehe ich Staatseingriffen skeptisch gegenüber. Gleichzeitig bedauere ich die Entwicklung der Kreditkrise in den USA. Die Exzesse waren viel grösser, als man ursprünglich dachte, was sich letztlich auch negativ auf die Glaubwürdigkeit der freien Marktwirtschaft auswirkte. Solche Blasen führen zu Konkursen und zwingen am Beispiel der USA aufgrund der volkswirtschaftlichen Auswirkungen den Staat zu Interventionen. Eine solche Haltung ist problematisch. Man kann sich nicht gleichzeitig für unternehmerische Gestaltungsfreiheit aussprechen und den Staat in schwierigen Phasen um Hilfe bitten.“

Konkret heisst das, dass sich der Staat bei einem Worst-Case-Szenario zurückhalten soll.

“Für mich deutet die Situation in den USA bereits auf eine ordnungspolitisch fragwürdige Gratwanderung hin. Sollte ein Worst Case auch in der Schweiz eintreten, können wir davon ausgehen, dass sich die oberste politische Instanz die nötigen Überlegungen gemacht hat. Diese möchte ich allerdings nicht näher kommentieren.“

Ein Thema, das die Leute zunehmend beschäftigt, ist der ausländische Einfluss bei traditionellen Schweizer Firmen wie Sulzer oder Oerlikon. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

“Auch als Wirtschaftsvertreter habe ich mein patriotisches Herz nicht verloren. Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass die Schweizer Unternehmen im Ausland rund 600 Milliarden Franken investiert haben und damit zur Weltspitze gehören. Wenn ich sehe, wie viele Schweizer im Ausland führende Positionen haben, können wir uns gegenüber ausländischem Kapital nicht verbarrikadieren, und das gilt auch für die dazugehörigen Persönlichkeiten, welche in unserem Land arbeiten. Vielmehr bin ich gegenüber nationalistischen Abschottungstendenzen, welche ich leider in einigen europäischen Ländern registriere, vorsichtig. Das hat bereits früher nicht funktioniert. Vielmehr müssen wir uns dem Wettbewerb stellen, und dieser ist heutzutage grenzüberschreitend geworden. Dazu braucht es selbstverständlich Spielregeln. Das gilt auch für Firmenübernahmen. Für mich gilt immer noch: Heimatliebe und Weltoffenheit schliessen sich nicht aus.“

Einerseits setzt sich Economiesuisse für die Liberalisierung des Arbeitsmarktes ein, andererseits stellt sich der Dachverband gegen Parallelimporte. Das ist ziemlich widersprüchlich.

“So einfach ist es auch nicht. Bei den nicht patentgeschützten Gütern setzen wir uns für den grösstmöglichen Wettbewerb ein. Wir haben uns schon seit langem für das Cassis-de-Dijon-Prinzip ausgesprochen und dies in unserer Vernehmlassung auch klargemacht. Wir wollen die Märkte keineswegs abschotten. Bezüglich des geistigen Eigentums ist es aber für ein forschungsintensives Land von grösstem Interesse, den Schutz von patentgeschützten Produkten zu gewähren. Dies ist weltweit Usus. Betrachtet man die gesamten Importe, handelt es sich dabei lediglich um einen einstelligen Prozentsatz. Economiesuisse hat sich aber für die Verschärfung der Missbrauchsbekämpfung eingesetzt. Auch eine regionale Erschöpfung ist prüfenswert. Allerdings sind wir der Meinung, dass dies auf der Basis eines bilateralen Abkommens zu erarbeiten wäre. Wir wehren uns gegen eine internationale Erschöpfung, also gegen das Einbeziehen von Ländern, die in Bezug auf geistiges Eigentum keine verlässlichen Partner sind.”

Der Detailhandel ist anderer Ansicht ...

“Was den Abbau von Handelshemmnissen angeht, habe ich volles Verständnis für den Detailhandel. Wenn ich die Läden von Grossverteilern betreue, stelle ich mit Erstaunen fest, dass die patentgeschützten Artikel einen äusserst geringen Anteil ausmachen. Meist stehen andere Handelsbarrieren im Vordergrund. Ich betone nochmals, dass wir uns für entsprechende Verbesserungen in diesem Bereich zugunsten des Wettbewerbs aussprechen.”

Sie haben dafür gesorgt, dass sich die Spannungen innerhalb von Economiesuisse weitgehend lösen. Wie sieht die derzeitige Lage aus?

“Ich bin sehr froh, dass dieser Konflikt gelöst werden konnte. Bereits kurze Zeit nach meinem Amtsantritt im Dezember 2006 wurde die Strategie im Rahmen einer Arbeitsgruppe überarbeitet. Anschliessend wurden die dazugehörigen Statuten sowie die Geschäftsreglementsanpassungen genehmigt. Wir haben neue Kommunikationsrichtlinien erarbeitet. Im Bereich des Beitragswesens kam es zu einigen Problemen, aber auch dies wurde mit einer Arbeitsgruppe im ersten Quartal 2008 erledigt. Der grosse Vorstand hat dieser Neufassung bereits einstimmig zugestimmt. Zudem haben wir Mitglieder gewonnen und werden demnächst den hundertsten Branchenverband aufnehmen.”

Sind jetzt die Themen wie die übermässige Entlohnung von Managern bereits ad acta gelegt?

“Auch bezüglich solcher heissen Themen gibt es keine Denkverbote. Über diese Fragen, aber auch über die Mehrwertsteuer, weitere Steuerreformen, das Bildungs-

wesen oder über Parallelimporte, wird in den nächsten Jahren gestritten werden. Als überzeugter Vertreter der Marktwirtschaft bin ich aber der Ansicht, dass die liberale, an Anreizen orientierte Ordnung, mit der unser Land gut gefahren ist, auch für die Zukunft richtungsweisend sein wird.”

